

Der „Schwarze Juni“ 2016

Im Juni 2016 traten zwei Ereignisse ein, die Deutschland schaden, gar finanziell in einen Abgrund reißen könnten. Die meisten Deutschen werden davon wenig mitbekommen haben, weil auch die Medien darüber kaum berichteten. Nur wenige Wochen nach den Ereignissen des Junis hat der Professor für Volkswirtschaft und ehemalige Präsident des renommierten *ifo Institutes*, Hans-Werner Sinn, ein Buch vorgelegt, das haarklein und fachkundig aufzeigt, was auf die Deutschen zukommen könnte. Und die Ereignisse des Junis seien der Grund dafür. Das 365-Seiten-Buch trägt den Titel „Der Schwarze Juni“ (ISBN: 978-3-451-37745-7).

Das erste Ereignis wirkte für viele eingefleischte Europäer wie ein Schock: Am 23. Juni 2016 gab Großbritannien sein Misstrauensvotum gegen die EU ab und entschied sich für den Austritt aus der Europäischen Union (EU). Das sei, so Sinn, ein kaum zu ermessender Verlust für die EU, da durch den Weggang der Briten vergleichbar die Wirtschaftsleistung von 20 kleineren EU-Staaten verloren gehe. Kurzfristig bekomme allerdings Deutschland diesen Austritt zu spüren, denn es verliere eine ganz wichtige Einflussmöglichkeit.

Der *Rat der Europäischen Union* ist die Ebene, auf der Gesetze beraten und verabschiedet werden können. Er besteht aus einer Versammlung der jeweiligen Fachminister. Die Wirtschafts- und Finanzminister kommen beispielsweise in ihrem *Eco-Fin-Rat* zusammen, einer fachspezifischen Untergruppierung des EU-Rates. Dort hatten bisher aufgrund ihrer Bevölkerungsgrößen die reichen EU-Länder Deutschland, Großbritannien, die Niederlande, Österreich und Finnland die Möglichkeit, per Sperrminorität fatale Entscheidungen für die EU auszubremsen, vor allem Entscheidungen, die diesen reichen Ländern sehr geschadet hätten. Durch den Austritt Großbritanniens ist diese Sperrminorität der reichen EU-Länder futsch. Nun haben die ärmeren, hochverschuldeten Südländer der EU, wie Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland, so viel Prozent an Sperrminorität zusammen, dass nun sie in der EU den Ton in Bezug auf Finanzen und Wirtschaft anstimmen können. Sinn schreibt, dass nun Frankreich mit den mediterranen Ländern in der EU „durchregieren“ könne und Deutschland nun bei der Handelspolitik, der Industriepolitik etc. wahrscheinlich das Nachsehen haben werde.

Im Schwarzen Juni 2016 geschah noch etwas, was kaum Aufmerksamkeit erregte, aber für Deutschland ganz fatale Folgen hat. Deutschland verlor im Prinzip die Kontrolle über seine Finanzen, es verlor in wesentlichen Teilen das sogenannte Budgetrecht, das in Artikel 110 des Grundgesetzes verankert ist. Weder das deutsche Volk, noch die Bundesregierung als auch der Bundestag können jetzt noch uneingeschränkt über das Steuergeld der Deutschen entscheiden. Milliarden über Milliarden an deutschem Steuergeld können nun unter bestimmten Umständen - von anderen EU-Ländern in Anspruch genommen werden. Deutschland wurde in eine Haftungsunion gezwungen, und das aufgrund einer Entscheidung des deutschen *Bundesverfassungsgerichtes* vom 21. Juni 2016, gegen die niemand mehr in Deutschland klagen kann.

Was war geschehen? Obwohl im „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) im Artikel 125 unmissverständlich festgelegt wurde, dass kein Mitgliedsstaat für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedsstaates haften muss, gab Angela Merkel grünes Licht zum „OMT-Programm“ der *Europäischen Zentralbank* (EZB). OMT steht für „Outright Monetary Transactions“, was so viel heißt wie „offene monetäre Transaktionen“. In Wirklichkeit ist das OMT-Programm eine Kreditausfall-Versicherung für Krisenländer. Geht jetzt ein EU-Land in Konkurs, können nun andere EU-Staaten zur Kasse gebeten werden - ein

eklatanter Verstoß gegen den AEUV. Nachdem das OMT-Programm ins Rollen kam, klagten etliche Einzelpersonen und Vertreter von Sammelklagen vor dem Bundesverfassungsgericht - darunter Prominente wie Gauweiler oder Gysi - wegen des Verstoßes in Bezug auf den AEUV. Zunächst gab das Bundesverfassungsgericht den deutschen Klägern recht, leitete dann aber das Verfahren an den *Europäischen Gerichtshof* (EuGH) weiter. Dieser wiederum lehnte die Klage der Deutschen ab und entschied, dass OMT-Programm verstoße keineswegs gegen die Bestimmungen des AEUV. Sinn schreibt: „Es war eine Breitseite gegen das höchste deutsche Gericht, wenn nicht eine Ohrfeige.“ Danach geschah das Unfassliche: Das Bundesverfassungsgericht machte einen 180-Grad-Schwenk und entschied am 21. Juni 2016, die Auslegung des EuGH könne „noch hingenommen werden.“ Anders gesehen: Die EZB hat jetzt die Macht, auch über deutsches Steuergeld verfügen zu dürfen, wenn ein EU-Land pleitegeht. Artikel 125 des AEUV ist somit Makulatur; die Haftungsunion ist über eine Hintertür eingeführt worden.

Sinn hat völlig Recht, wenn er von einem „pechrabenschwarzen Juni“ für Deutschland schreibt. Man wird nach der Lektüre von Sinns Fachbuch irgendwie den Eindruck nicht los, als ob Deutschland - von wem auch immer - gezielt heruntergewirtschaftet werde.

Funk.net: Ein neues Angebot von ARD und ZDF greift sofort Christen an

Es kommt frech, schnodderig und tabulos daher: ein neues Angebot von ARD und ZDF, das Menschen unter 30 Jahren ansprechen will. Weil die unter 30-Jährigen immer weniger fern sehen, dafür das Internet nutzen, beschlossen die Regierungschefs der Bundesländer eine Änderung des Rundfunk-Staatsvertrages. Für die 14-bis 29-Jährigen solle ein Angebot geschaffen werden, das nur im Internet und in den sozialen Medien zur Verfügung steht. Es heißt *funk.net* und startete am 01. Oktober 2016. Die Hauptredaktion von *funk.net* sitzt mit etwa 40 Mitarbeitern in Mainz und erhält aus den GEZ-Gebühren ein Jahresbudget von 45 Millionen Euro.

Im Mittelpunkt des "funk"-Angebotes stehen Hauptdarsteller und ihre Formate — insgesamt 40 an der Zahl. So baut beispielsweise der Heimwerker Fynn Kliemann einen alten Bauernhof in Niedersachsen in ein „Kliemannsland“ um. Eine verrückte Schar von Mitstreitern entwickelt „Kliemannsland“ zu einem Flecken, auf dem es keine Regeln gibt und auf dem sich jeder selbst verwirklichen kann. Die Story ist wie eine Show aufgebaut und wird in kürzeren Videos auf dem Internet-Kanal *YouTube* in Szene gesetzt. In einem anderen Format mit dem Titel „Fickt Euch“ erzählt eine gewisse Kristina auf YouTube alles, was junge Leute angeblich über Sex wissen müssen. Alle Sexspielarten werden dabei tabulos angesprochen und detailliert beschrieben, aber nicht ins Bild gesetzt.

Funk.net will das junge Deutschland ansprechen, es aber auch repräsentieren. Dabei setzen die Macher unzweideutig auf eine Multi-Kulti-Gesellschaft, in der sich jeder verwirklichen soll, so wie er es mag — ohne Tabus. Dabei ist nachdenkenswert, warum gleich in dem ersten Beitrag im Format „Jäger & Sammler“ das Christentum angegriffen wird. Man lässt Aussteiger aus charismatischen Gemeinden wie dem *Gospel Forum Stuttgart* oder der *TOS Gemeinde* in Tübingen zu Wort kommen, die über ihren angeblichen geistlichen Missbrauch berichten. Ein gnädiger Gott würde zwar in den Gemeinden gepredigt, so eine Aussteigerin, aber nicht gelebt. Es gebe zu viele lebenseinengende Regeln.

Ob die in funk.net vorgestellten Missbrauchsfälle stimmen oder nicht, bezeichnend ist, dass gleich vom Start weg Christliches massiv angegriffen wird. Auch dadurch, dass der leidende Jesus am Kreuz immer wieder als Bild in die Szenen geschnitten wird und Bibelstellen völlig aus dem Zusammenhang zitiert werden. Die Macher von funk.net haben wohl instinktiv erkannt, dass aus der christlichen Ecke Kritik drohen könnte, wenn man frech, schnodderig und tabulos nicht nur Themen anpackt, sondern dadurch auch prägend auf junge Leute einwirken kann.

Wie Justizminister Maas wieder die Zensur in Deutschland einführt

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis Deutschland mehr der DDR gleicht als der guten alten Bundesrepublik vor dem Mauerfall. Die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* (SED) lebt als Staatspartei der DDR in der Partei *Die Linken* weiter und könnte im nächsten Jahr mit der *SPD* und den *Grünen* eine Bundesregierung bilden, die anfängt, im Geiste der SED zu wirken. Die Einführung und der systematische Ausbau der Kinderkrippen entsprechen sowieso schon einer "1 zu 1 Umsetzung" des Erziehungsmodells der DDR. Seit 2016 kommt etwas hinzu, das an den Überwachungsstaat mit Denkverbot à la DDR anknüpft. Anonym und ohne Begründung wird in Deutschland wieder Zensur ausgeübt.

Es ist Bundesjustizminister Heiko Maas, der die Zensur eingeführt hat und sie massiv vorantreibt. Das erste Aktionsfeld, das sich Maas vorgenommen hat, ist das Internet. Dort will er sogenannte Hassreden unterbinden. Dafür hat er eine sogenannte „Task Force gegen Hassinhalte im Internet“ eingerichtet. Es ist eine Einsatzgruppe, die angeblich Hassinhalte im Internet aufspüren und Internetbetreiber wie *Google* zwingen soll, solche Inhalte sofort zu löschen. An sich ist Maas' Initiative gegen Hassreden zu begrüßen, wenn da nicht ein Problem wäre: Der Tatbestand der Hassrede ist juristisch ziemlich unklar und im Strafrecht so nicht verankert. Was gilt noch als Meinungsäußerung, welche Formulierung stachelt bereits zum Hass an?

Im Juli dieses Jahres führte das *Bundeskriminalamt* die erste Razzia gegen Personen durch, die angeblich Hassreden in den sozialen Medien verbreitet hatten. Maas frohlockte gleich: „Das entschlossene Vorgehen der Ermittlungsbehörden sollte jedem zu denken geben, bevor er bei Facebook in die Tasten haut.“ Diese Aussage ist nicht nur unqualifiziert, sondern auch gefährlich. Eigentlich sollte ein Justizminister zwischen Ermittlungen und einem Schuldspruch unterscheiden können. Doch Maas benutzt hier bereits die Androhung von Ermittlungen, um Angst zu erzeugen, seine Gedanken und Gefühle frei zu äußern. Jeder, der sich jetzt in den sozialen Medien kritisch äußert, muss damit rechnen, von Jägern für Hassrede entdeckt zu werden, was zu Folgen führen kann. Also "Vorsicht!" wird sich mancher denken: Lieber "nicht in die Tasten hauen" als das *Bundeskriminalamt* am Hals zu haben

Was Maas und seine Zensoren so alles als Hassrede einzustufen scheinen, listete der Schriftsteller und Journalist Michael Klonovsky in einem Beitrag für die Zeitschrift *eigentlich frei* (1 1 /16) auf. Unter anderem sei auch die gesamte Internetseite der DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld ohne Begründung aus dem Netz verschwunden, nachdem sie einen kritischen Beitrag über Merke! schrieb. Nur nach heftigen Protesten ging die Seite wieder online. Ob da schon die Zensoren von Maas aktiv waren, lässt sich nicht beweisen.

Das hängt auch damit zusammen, dass dem Minister etliche Organisationen und Stiftungen zur Verfügung stehen, die sich vor allem gegen "Hass von rechts" engagieren und dem Maas-Ministerium in gewisser Weise zuarbeiten.

Dazu gehört auch die *Amadeu-Antonio-Stiftung*, die von Anetta Kahane geleitet wird. Anette Kahane ist die Tochter von Max Kahane, einem überzeugten Kommunisten, der in der DDR kräftig Propaganda gegen den Westen machte. Tochter Anette hat jahrelang als Spitzel für die *Staatssicherheit* (Stasi) gearbeitet, behauptet aber heute, von dieser ihrer DDR-Vergangenheit geläutert zu sein. Offiziell engagiert sich die Amadeu-Antonio-Stiftung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Wer sich die Aktivitäten der Stiftung und die Aussage der Stiftungs-Vorsitzenden Kahane jedoch näher anschaut, so der Friedensforscher Rudolph Bauer, werde feststellen, dass die Kahane-Aktivitäten auch versuchten, „demokratischen Widerstand zu vereiteln, Kritik zu entkräften und lächerlich zu machen, die Diskussion und Förderung sozioökonomischer Alternativen zu verhindern.“ Für Bauer gehört Kahane zu „Leuten, die an der Abschaffung der Demokratie mitwirken.“

Schaut man sich die Publikationen der AmadeuAntonio-Stiftung an, so kann man feststellen, dass sich die Stiftung auf allen Feldern (z. B. Gender-Ideologie) einmischt, die zu der viel beschworenen "freien und bunten Gesellschaft" führen sollen. *Wer* als Deutscher gerne wissen möchte, wie diese freie und bunte Gesellschaft am Ende aussehen soll, wer gar jetzt schon - aus welchen Gründen auch immer - dagegen ist, gerät bereits unter den Verdacht, Hass zu erzeugen, und ins Visier der neuen Hexenjäger, die mit Rückendeckung von Maas operieren dürfen.

Was ist eine Hassrede?

Das Wort „Hassrede“ kennt der Duden nicht. Auch in den deutschen Strafgesetzen ist der Begriff nirgendwo zu finden. Dennoch spielt er zunehmend eine Rolle und kann für jemand recht unangenehme Folgen haben.

Die Diskussion um die „hate speech“ (deutsch: Hassrede) wurde in der Vergangenheit hauptsächlich im angelsächsischen Raum geführt, hat aber wesentliche Wurzeln in Deutschland. Das hängt damit zusammen, dass es große Schnittmengen zwischen dem Bereich der Political Correctness (deutsch: Politische Korrektheit) und der hate speech gibt. Wer politisch korrekt auftreten will, muss sich einer nicht mehr wertenden, dafür neutralen Sprache bedienen, um jegliche Diskriminierung zu vermeiden. Doch bei der Political Correctness (PC) geht es um weit mehr als nur um Begriffe und Sprache. Hinter der PC stehen eine Ideologie und ein Programm.

Die Wurzeln der PC liegen im *Institut für Sozialforschung*, das 1923 in Frankfurt gegründet und später als *Frankfurter Schule* bekannt wurde. Finanziert durch das Millionen-Vermögen eines jüdischen Weizengroßhändlers, machten sich eingefleischte Marxisten wie Georg Lukács, Antonio Gramsci und Wissenschaftler wie Wilhelm Reich, Erich Fromm, Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno daran, einen kulturellen Marxismus zu entwickeln. Ihre Vision: Der von jeglichen Zwängen und Vorgaben befreite Mensch werde friedlich und gut, weil er befreit sei von Herrschaft und Unterdrückung. Die klassenlose Gesellschaft sei dann perfekt, wenn dieser befreite Mensch dann auch noch in einer totalen

Toleranz das gut heiße, wozu andere gerade Lust haben und wie sie leben wollen. Soweit ein kurzer Ausflug zu den eigentlichen Wurzeln des Begriffs „Hassrede“.

Wie wird nun eine Hassrede heute definiert? Als Hassrede klassifiziert man Formulierungen, die zum Ziel haben, Personen oder Personengruppen zu verunglimpfen oder herabzusetzen. Es muss also 1. Hinter der Hassrede eine gezielte Absicht stehen, jemand verletzen zu wollen, und 2. muss der verwendete Begriff in einer Bevölkerungsgruppe als diskriminierend und verletzend verstanden werden. Wenn ein Deutscher zu einem befreundeten Chinesen sagen würde "Na, wie geht's, Schlitzauge?", wird dieser Chinese das nicht unbedingt als verletzend empfinden, sondern eher als drollig. Das sieht möglicherweise ganz anders aus, wenn dieser Freund ein Homosexueller ist und man ihn als „Schwuchtel“ titulierte. Da sich die Einstufung in herabsetzend und verletzend im Alltag schwierig gestaltet, haben die Bekämpfer der Hassrede die Betroffenenperspektive eingeführt. Hassrede liege dann vor, wenn es Menschen gebe, die sich durch eine Rede herabgesetzt fühlt. Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland ein hohes Gut, aber nicht schrankenlos. Wie erwähnt, kennt das deutsche Recht den Begriff „Hassrede“ nicht, sondern nur zulässige und unzulässige Meinungsäußerungen. Da gibt es z. B. den Tatbestand der „Volksverhetzung“, die „Beleidigung der persönlichen Ehre“ oder die „Schmähkritik“. Wichtig für deutsche Richter ist stets, ob es sachliche Anknüpfungspunkte dafür gab, dass gerade in diesem Fall diese Worte gewählt wurden. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland im Großen und Ganzen klar geregelt ist, was rechtsverletzende Inhalte sind, darf der auerjuristische Begriff „Hassrede“ auch in einem anderen Licht gesehen werden. Der Verwurf der Hassrede schchtert Bürger ein, ihre Gedanken frei zu äußern. Mit dieser Meinungskeule lässt sich Freiheit niederknppeln. Das Empfinden von Einzelnen oder Gruppen wird zum Gesetz erhoben. Doch dieses Empfinden ist produzier- und steuerbar: durch Vordenker, die niemand kennt, durch die politisch Mächtigen und ihre Helfershelfer in den Medien,

Größenwahn der Kanzlerin: Merke' will sich um die halbe Welt kümmern

In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* (6.10.2016) hat Angela Merkel ihre Flüchtlingspolitik detailliert dargelegt. Fazit: Es wird keinen Richtungswechsel geben und Deutschland sowie Europa sollen sich in Zukunft um die halbe Welt kümmern.

Als wesentliche Ursache für Flüchtlingsströme Richtung Europa wertet Angela Merkel die Digitalisierung: „Die Digitalisierung macht einen großen Unterschied. Heute kann sich nahezu jeder überall über jeden Ort der Welt informieren. Wenn man sieht, wie es anderswo zugeht, wachsen auch die Wünsche ... So wie die Menschen in der Welt über uns Bescheid wissen, so müssen wir uns umgekehrt mehr mit ihnen beschäftigen. Wir müssen viel mehr über Afrika und die arabische Welt lernen. Stabilität in unseren Ländern hängt auch davon ab, dass wir dort Hoffnung geben.“